



Europawahl 2014: Am 25. Mai **DIE LINKE.** wählen!


Europäische**LINKE**

Für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa:
Am 25. Mai DIE LINKE wählen!

Am 25. Mai wird das Europaparlament neu gewählt. Für viele scheint Europa weit weg. Doch immer mehr politische Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen und wirken sich auf die Lebensbedingungen der Menschen auch hier vor Ort aus.

Arm und Reich in Europa driften immer weiter auseinander. Dies ist auch Ergebnis der neoliberalen Politik der EU. Diese Entwicklung gilt es umzukehren. DIE LINKE will Armut und Erwerbslosigkeit in Europa bekämpfen. Anstatt marode Zockerbanken mit Steuergeldern zu retten, sollte das Geld besser in ein zukunftsorientiertes, europaweites Investitionsprogramm in Bildung, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur angelegt werden. Ebenso muss in Europa die Arbeit flächendeckend tariflich entlohnt werden. **Fortsetzung Seite 2**

Freihandelsabkommen
gefährdet Demokratie
Seite 3

LINKE fordert zweiten
Tunnel unter dem NOK
Seite 4

Sieg nach Punkten im
Plakatstreit
Seite 5

Rendsburg: Keine
Entwarnung bei den
Stadtfinanzen
Seite 6

Europawahl



Quelle: rakocllmer / pixello.de

Am 25. Mai 2014 wird das Europäische Parlament neu gewählt

Fortsetzung von Seite 1:

Gute Löhne und gute Arbeit ist die Grundlage für eine gute, das heißt armutsfeste Rente. Die Privatisierung der Rente lehnt DIE LINKE ab.

Für ein friedliches und offenes Europa

Die Waffenexporte aus Europa sind mit verantwortlich für diverse Kriege und damit verbundenes Leid, welches viele Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingt. DIE LINKE fordert daher, Waffenexporte EU-weit zu verbieten. Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Elend nach Europa kommen, muss in Europa Zuflucht gewährt

werden. Anstatt die Flüchtlinge mit hohen Zäunen und Stacheldraht an den EU-Außengrenzen zu bekämpfen, wo bereits viele Flüchtlinge zu Tode kamen, muss Europa dafür sorgen, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Herkunftsländern verbessern und Kriege beendet werden, so dass die betroffenen Menschen nicht mehr zur Flucht gezwungen werden.

Mehr Demokratie durch Volksentscheide

Viele Entscheidungen in Europa werden undemokratisch von der EU-Bürokratie getroffen. DIE LINKE fordert, dass Europa demokratischer werden muss. Die Entscheidungen müssen zukünftig verstärkt vom Europäischen Parlament anstatt von der EU-Kommission getroffen werden. Auch EU-weite Volksentscheide über wichtige Zukunftsfragen wie die Europäischen Verträge oder einer europäischen Verfassung sind eine Forderung der LINKEN. Der Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Entscheidungen muss zurückgedrängt werden. So lehnt DIE LINKE das in Hinterzimmern vorbei an demokratischen Institutionen mit den USA verhandelte Freihandelsabkommen ab.

Wer ein friedliches, soziales und demokratisches Europa will, sollte am 25. Mai 2014 zur Wahl gehen und DIE LINKE wählen. (SR)

Die Spitzenkandidaten zur Europawahl 2014



Listenplatz 1
Gabi Zimmer



Listenplatz 2
Thomas Händel



Listenplatz 3
Cornelia Ernst



Listenplatz 4
Helmut Scholz

Das Freihandelsabkommen – freier Handel auf Kosten der Demokratie

Freier Handel zwischen Europa und den USA. Freier Warenfluss ohne lästige Beschränkungen. Das sieht auf den ersten Blick gar nicht mal so schlecht aus. Es soll Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand beider Handelszonen sichern. Aber was genau steckt hinter dem »Transatlantic Trade and Investment Partnership« kurz TTIP?

Hinter verschlossenen Türen findet seit 2013 bereits in vier großen Verhandlungsrunden der große Deal statt. Vertreter der USA sowie verschiedene europäische Lobbygruppen verhandeln im Geheimen über das Freihandelsabkommen, das Anfang 2015 abgeschlossen sein soll. Dem EU-Parlament wird dann nur noch das Gesamtpaket zur Abstimmung vorgelegt. Die Verhandlungen sind intransparent und undemokratisch. Die Kritiker werden zwar angehört, aber Einfluss können sie nicht mehr nehmen. Selbst die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages bekommen nur gefilterte Informationen. Man soll Vertrauen haben. Aber kann man den Lobbyisten wirklich vertrauen, die daran arbeiten sämtliche mühsam erkämpfte Standards und Regelungen über den Haufen zu werfen und sie den Interessen der Unternehmen anzupassen?

Demokratieabbau für Konzerninteressen

Das Freihandelsabkommen ermöglicht es in Zukunft, dass Konzerne durch eine Investitionsschutzklausel Staaten verklagen können, um ihre Interessen gegen demokratische Entscheidungen durchzusetzen. So wie im Fall des Energiekonzerns Vattenfall, der die Bundesrepublik auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz verklagt, weil es ein Abkommen mit Investitionsschutzklausel zwischen Schweden und Deutschland gibt. Beim TTIP werden solche Schiedsverfahren im Geheimen zwischen Anwälten verhandelt ohne Anhörung von Experten oder Ähnli-



chem. Das bedeutet, dass 75 000 Unternehmen mit Sitz in Europa und den USA solch ein Schiedsverfahren einberufen können. Der Umwelt- und Verbraucherschutz wird quasi ausgehebelt. In Europa ist das umstrittene Fracking, wobei Gas aus tieferen Gesteinsschichten durch Einsatz von Chemikalien gewonnen wird, in den meisten Staaten verboten. Durch das TTIP wird es möglich, dass die Konzerne gegen diese Verbote klagen können, und die Aussicht auf Erfolg ist gut, denn in den bisher 500 geführten Schiedsverfahren haben nur in 30 Prozent der Fälle Staaten ihr Verfahren gewonnen. Mit dem TTIP werden wir als Verbraucher nicht mehr erkennen können, was genau wir auf dem Tisch haben, denn auch die Kennzeichnungspflicht für Le-

Aktuelles aus dem Kreisverband

bensmittel soll gekippt werden. Das reicht vom oft genannten Chlorhähnchen bis zum genveränderten Weizen.

Dumpinglöhnen wird Tür und Tor geöffnet

Für den öffentlichen Sektor bedeutet das Freihandelsabkommen, dass Aufträge der öffentlichen Hand transatlantisch ausgeschrieben werden müssen. Dabei bleiben vor allem die örtlichen Handwerksbetriebe auf der Strecke, die vielleicht auch noch Mindestlohn zahlen, denn durch das Recht

auf Wettbewerbsfähigkeit können die großen internationalen Unternehmen auch das Arbeitsrecht und Löhne aushebeln.

Demokratie- und Sozialabbau stoppen

DIE LINKE will sich auch in Zukunft für Transparenz und echte Demokratie einsetzen. DIE LINKE ist gegen den Sozialabbau, Lohndumping und Sonderrechte für Unternehmen. Deswegen wollen wir zusammen mit außerparlamentarischen Bewegungen und der Öffentlichkeit das Freihandelsabkommen stoppen. Wer mit uns erfolgreich sein will, wählt bei der Europawahl am 25. Mai DIE LINKE! (AH)

DIE LINKE fordert zweiten Tunnel unter den NOK

Ein neues Gutachten hat festgestellt, dass die Rader Hochbrücke eine maximale Lebenserwartung von noch zirka 12 Jahren hat. Auch die Eisenbahnhochbrücke ist marode und muss in den kommenden Jahren erneuert bzw. ersetzt werden. Der Bau eines zweiten Tunnel unter dem Nord-Ostsee-Kanal wäre daher eine sinnvolle Maßnahme



Die Rader Hochbrücke muss bis 2026 ersetzt werden

Während Milliarden für die Rettung maroder, vermeintlich oder tatsächlich systemrelevanter Banken ausgegeben wird, verfällt die Infrastruktur in Deutschland und damit auch in Schleswig-Holstein. So war die Rader Hochbrücke wegen Sanierungsarbeiten im Spätsommer vergangenen Jahres über mehre Monate für LKWs mit mehr als 7½ Tonnen gesperrt. Dies hatte zur Folge, dass der gesamte Schwerlastverkehr nach Skandinavien durch

den Rendsburger Kanaltunnel umgeleitet werden musste. Da auch der Tunnel gerade saniert wird, und daher nur eine Röhre befahrbar ist, kam der Verkehr rund um Rendsburg benahe vollständig zum Erliegen.

Verkehrsanbindung nach Skandinavien

Die Rader Hochbrücke ist ein Teil der A7, der wichtigsten Verkehrsverbindung von Mitteleuropa nach Skandinavien. Auch in der Zukunft drohen hier Probleme. Ein neues Gutachten stellt fest, dass die Rader Hochbrücke bis spätestens 2026 ersetzt werden muss. Da solche Infrastrukturprojekte erfahrungsgemäß einen langen Vorfahrt haben, muss jetzt unverzüglich mit der Planung begonnen werden. Zustände wie im Spätsommer in Rendsburg müssen vermieden werden. Außerdem ist eine

verlässliche Verkehrsinfrastruktur eine Voraussetzung für Planungssicherheit für die Menschen und Unternehmen in der Region

Eine Alternative zur Fehmarn-Belt-Querung

Die deutsch-dänische Initiative »Tunnel 2025«, die auch von den LINKEN Schleswig-Holsteins unterstützt wird, fordert den Bau eines Straßen- und Eisenbahntunnels als Lösung für den Ersatz der beiden Brücken. Ein solches Projekt kann dann auch als eine ökologisch vernünftige und deutlich kostengünstigere Alternative zu der geplanten Fehmarn-Belt-Querung sein; durch einen solchen Tunnel kann dann die Verkehrsanbindung von Skandinavien an Mitteleuropa deutlich verbessert werden. Die geplante und verkehrspolitisch frag-

würdige und teure Fehmarn -Belt-Querung mit ihren unabsehbaren ökologischen Folgen für die Ostsee kann dann entfallen.

Finanzierung durch die öffentliche Hand

Die Finanzierung sollte dabei vollständig durch die öffentliche Hand erfolgen. Die Beteiligung privater Investoren zum Beispiel im Rahmen so genannter Public Private Partnership (PPP) lehnt DIE LINKE ab. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass PPP für den Steuerzahler am Ende immer teuer wird als bei rein öffentlicher Finanzierung. Außerdem kann bei einer vollständig öffentlichen Finanzierung eher davon ausgegangen werden, dass bei der Planung das Gemeinwohl vor privaten Profitinteressen steht und demokratisch Kontrolle sichergestellt ist. (SR)

Sieg nach Punkten im Plakatstreit

Im Sommer 2011 hatte DIE LINKE im Kreis Rendsburg-Eckernförde ein Plakat in das Fenster ihrer damaligen Geschäftsstelle in Rendsburg angebracht. Die Bauaufsicht verlangte, dass das Plakat zu entfernen sei. Hiergegen hatte DIE LINKE geklagt und nun Recht bekommen.

Im Sommer 2011 hatte die Bauaufsicht der Stadt Rendsburg der LINKEN untersagt, in das Fenster ihrer Geschäftsstelle ein Plakat anzubringen. Durch dieses Plakat werde das Fenster zu einer »Werbeanlage« und dafür wäre eine Baugenehmigung erforderlich, so die Behörde. Begründet wurde dies mit der »Gestaltungssatzung für die Rendsburger Innenstadt«, nach der solche »Werbeanlagen« der Genehmigung bedürfen. Plakate sind innerhalb der Rendsburger Innenstadt durchaus üblich und es ist auch nicht bekannt, dass andere Geschäftsinhaber eine Baugenehmigung dafür benötigten. Weil der Verdacht nahe lag, dass die Sache politisch motiviert war, hatte DIE LINKE gegen diese Auflage geklagt.



Dieses Plakat passte dem Bauamt nicht in den Kram

Verfahren endet mit Vergleich

Nach nun mehr als zwei Jahren wurde die Sache dann am 26. Februar diesen Jahres vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig verhandelt. Das Gericht gab der Klage weitestgehend Recht und machte einen entsprechenden Vergleichsvorschlag, den

dann die Bauaufsicht nach erheblichen Zögern annahm; in diese Vergleich erklärte sich die Beklagte bereit, die Auflagen zurückzuziehen und 92 Prozent der Kosten des Verfahrens zu tragen. Dabei äußerte das Gericht auch Zweifel an der Rechtmäßigkeit einzelner Paragraphen der Gestaltungssatzung, da diese zu unbestimmt seien. DIE LINKE kann nicht nachvollziehen, dass die ohnehin klamme Stadt Rendsburg durch solche politisch motivierten Aktionen unnötig mit Kosten belastet wird, die letztendlich von der Allgemeinheit zu tragen sind.

Gestaltungssatzung überarbeiten

Der Ausgang des Verwaltungsgerichtsverfahrens und die entsprechende Hinweise des Gerichts unterstützen die Auffassung der LINKEN, dass die Gestaltungssat-

zung überarbeitet werden muss. Diese Überarbeitung sollte dann gemeinsam mit den betroffenen Geschäftesinhabern und Bewohnern erfolgen. Dies kann dann mit dazu beitragen, die Rendsburger Innenstadt für Geschäftsleute wieder attraktiver zu machen. Auf diesen Weg kann dem zunehmenden Verfall und dem Leerstandsproblem der Innenstadt begegnet werden. (SR)

Rendsburg: Keine Entwarnung bei den Stadtfinanzen



DIE LINKE wird sich auch zukünftig für den Erhalt des Rendsburger Freibades einsetzen

Im Dezember hatte DIE LINKE den Haushalt für die Stadt Rendsburg für das Jahr 2014 abgelehnt, da unter anderem wichtige Zukunftsinvestitionen im schulischen Bereich wie die Erweiterung der Altstadtschule und der Bau der Mensa in der Christian-Timm-Schule mit einem Sperrvermerk versehen wurden. Es ist sehr ärgerlich, dass gerade dort, wo es um die Zukunft

von Kindern geht, immer wieder wichtige Aufgaben unnötig verzögert werden.

Zwar wurden inzwischen die Gelder für die Erweiterung der Altschule und den Bau der Mensa freigegeben; die Mensa wird aber nur in einer abgespeckten Version kommen. Dafür soll aber wieder über eine mögliche Freibadschließung debattiert werden. Aus Sicht der LINKEN ist das Freibad eine für die Lebensqualität der Menschen in Rendsburg wichtige Einrichtung. Daher wird sich DIE LINKE weiterhin für den Erhalt des Freibades einsetzen.

Anstatt die Kommunen finanziell ausbluten zu lassen, so dass diese zu immer weiteren Einsparungen in sozialen und kulturellen Bereichen gezwungen sind, müssen die Kommunen wieder mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden. DIE LINKE wird sich auch weiterhin mit ihren kommunalen Vertretern für I(i)ebenswerte Städte und Gemeinden einsetzen. (SR)

Humor

Sport:

Uli Hoeneß wechselt gegen eine Ablösesumme von 28,5 Mio. Euro für 3½ Jahre zum Lokalrivalen JVA Landsberg

Sudoku

	4	8	6	2			3	
2	1		5	8			4	6
9	6	5		4			7	2
			4		8	3		
3	7		9	5		6	1	8
6	8	9	3	7		2		
	3		7		5			1
4	9	7		1		5		
	2		8	3	4	7	6	9

In jeder Reihe, in jeder Spalte und in jedem 3×3-Block muss jede Ziffer von 1 bis 9 genau einmal vorkommen.



Thaigemüse mit Kokosmilch und gelbem Curry



Vegan - Halal - Koscher

Für 2 Personen

750 g Gemüse (z. B. Möhren, Frühlingszwiebeln, Pilze, Bambus, Paprika)
 1 Chilischote
 2 Kaffir-Limonenblätter (optimal)
 Öl zum Anbraten
 2 Esslöffel Sojasoße
 160 ml Kokosmilch
 2 Esslöffel gelbe Thai-Currypaste vegan
 Basilikum (Thai-Basilikum optimal)

Das Gemüse und die Chilischote klein schneiden und mit dem Kaffir-Limonenblättern im Öl anbraten. Sojasoße, Kokosmilch und Currypaste dazugeben und mit dem Basilikum würzen.

Dazu passt Reis

Die Currypaste und die Kaffir-Limonenblätter gibt es in der Asia-Abteilung im Supermarkt

Veranstaltungskalender

Samstags ab 6 Wochen vor der Europawahl

Infotische in den Innenstädten von Rendsburg, Eckernförde und Nortorf

Donnerstag, 1. Mai 2014 ab 11 Uhr

Maikundgebung in den Innenstädten von Rendsburg und Eckernförde

Freitag, 2. Mai 2014 ab 9 Uhr

Info-Stand vor dem Rendsburger Jobcenter (Ritterstraße 10)

Sonntag, 25. Mai 2014 von 8 bis 18 Uhr

Europawahl: DIE LINKE wählen!



Impressum

Linksrum

Erscheint vierteljährig

V. i. S. d. P.:

Anissa Heinrichs und
Samuel Rothberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel
spiegeln nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder

Herausgeber:

DIE LINKE.
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Kolberger Straße 69
24768 Rendsburg

Tel: 04331 3357-53

Fax: 04331 3357-54

E-Mail:

info@die-linke-rendsburg-eckernfoerde.de

Homepage:

www.die-linke-rendsburg-eckernfoerde.de

Bankverbindung:

IBAN: DE2621450000003692969

BAC: NOLADE21RDB

Bankname: Sparkasse Mittelholstein AG

Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen
Namen, Vornamen und die Anschrift und
das Kennwort »Spende« an. Deine Daten be-
handeln wir vertraulich.

Auf Wunsch stellt der
Landesverband gerne
Spendenbescheinigun-
gen aus.

